

Guten Tag, vielen Dank, dass Sie gekommen sind

Heute ist kein einfacher Tag für uns, aber auch ein Tag, der in unser Leben einen Funken Hoffnung bringt.

Unsere Kinder und weitere junge Menschen haben sich heute freiwillig den Behörden gestellt.

Wir sind froh und sehr erleichtert, dass sie, soweit wir wissen, wohlbehalten wiederaufgetaucht sind. Nach fast zwei Jahren, in denen unsere Kinder nicht da waren. Sie hatten sich bis heute dem gegen sie bestehenden europäischen Haftbefehl entzogen, der vom autokratischen Staat Ungarn gegen sie ausgestellt wurde.

Sie haben sich heute freiwillig gestellt, obwohl sie befürchten müssen, wie Maja T. nach Ungarn ausgeliefert zu werden.

Diese Aussicht, dass sie in Ungarn in Haft müssen, macht auch uns Eltern große Sorgen. Aber unsere Hoffnung ist natürlich, dass es zu keinen weiteren Auslieferungen kommen wird.

Trotz der Unsicherheit sind wir froh über diesen Schritt. Denn unsere Kinder haben diese Entscheidung selbstbestimmt getroffen, jetzt gibt es die Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren in Deutschland. Unsere Kinder sorgen damit maßgeblich für die Deeskalation der Situation. Das zeigt es besteht keine Fluchtgefahr und damit keine Notwendigkeit einer Untersuchungshaft.

Wir sind sehr bewegt und freuen uns auf ein Wiedersehen, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, wie Sie sich vielleicht vorstellen können.

Die Bereitschaft sich zu stellen ist nicht neu, einige unserer Kinder haben dies bereits vor vielen Monaten durch ihre Anwäl*innen dem Generalbundesanwalt signalisiert. Doch der Generalbundesanwalt lehnte Gespräche ab.

Sollte dieses, aus unserer Sicht starke Zeichen mit einer Auslieferung nach Ungarn beantwortet werden, wäre es sehr schlimm für unsere Kinder, ihre Familien, Partner*innen und Freund*innen. Und eine Kapitulation des Rechtsstaates Deutschland vor der autokratischen Willkür Ungarns.

Einige unserer Kinder konnten sich aufgrund der nach wie vor drohenden Auslieferung noch nicht für das Stellen entscheiden. Das bedeutet jedoch nicht, dass auch diese jungen Menschen diesen Schritt nicht noch gehen werden. Weitere Vorverurteilungen und Spekulationen, wie wir sie in den vergangenen Monaten immer wieder erlebt haben verbieten sich. Wir bitten sehr darum das Abdrucken der vorhandenen Bilder und vollständigen Namen nicht zu wiederholen und damit die Persönlichkeitsrechte aller zu wahren. Für sie, wie für alle anderen auch gilt die Unschuldsvermutung.

Wir drei Mütter sprechen heute, stellvertretend für all die Familien und Partner*innen deren Leben vor fast zwei Jahren durch das Fehlen unserer Kinder und die Repressionen ziemlich aus den Fugen geraten ist.

Wir sind zu einer handlungsfähigen Gemeinschaft geworden und fordern für unsere Kinder eigentlich Selbstverständliches:

Keine weiteren Auslieferungen nach Ungarn, damit ein rechtsstaatliches Verfahren in Deutschland möglich sein kann.

Keine Untersuchungshaft, denn sie haben sich freiwillig gestellt.

Die Rückführung nach Deutschland oder Hausarrest bzw. zumindest menschenwürdige Haftbedingungen, für Maja T.

Die Auslieferung von Maja erfolgte nach einem Beschluss des Kammergerichts Berlin in einer Nacht- und Nebelaktion, um einem zu erwartenden Beschluss des BVerfG zuvorzukommen. Majas Grundrechte wurden aufs Größte verletzt. Dieses Vorgehen war eines Rechtsstaates nicht würdig.

Das Mailänder Berufungsgericht hat im März 2024 gegen eine Auslieferung eines weiteren jungen Antifaschisten, der auch von Ungarn gesucht wurde, entschieden. Es sah das Risiko einer Verletzung von Grundrechten und einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung in den ungarischen Gefängnissen. Weiterhin sahen Staatsanwaltschaft und Gericht eine unangemessene Strafe im Verhältnis zu den vorgeworfenen Taten.

Der Mailänder Staatsanwalt Dr. Cuno Tarfusser sagte hierzu bei einer Veranstaltung im Januar 2025 in Hamburg: „Wir als Staatsanwälte nehmen das Schicksal eines Menschen in die Hand. Wir können uns nicht erlauben, oberflächlich zu sein.“

Auch das französische Berufungsgericht in Paris hat bezüglich eines anderen jungen Antifaschisten seine Zweifel im Hinblick auf die Voraussetzungen eines fairen Verfahrens in Ungarn geäußert. Das Gericht hält es für möglich, dass die Verurteilung eines jungen Menschen aufgrund seiner politischen Einstellung und nicht aufgrund von Fakten erfolgen wird.

Demgegenüber sah das Kammergericht Berlin keine Probleme bei einer Auslieferung von Maja T. Es störte sich nicht an den drohenden drakonischen Haftstrafen und glaubte den allgemeinen Zusicherungen Ungarns, dass menschenwürdige Haftbedingungen gewährleistet seien.

Die Realität sieht leider anders aus.

Maja T. sitzt seit fast 7 Monaten unter menschenunwürdigen Bedingungen in Isolationshaft. 24 Stunden am Tag allein. Majas einzige Gefährten sind die Bettwanzen in der Zelle.

Ab einer Isolationshaft von 15 Tagen spricht man von Folter. Dieser inakzeptable Zustand macht uns fassungslos. Wir haben uns immer wieder an Behörden und Politiker*innen gewandt und auf diesen schrecklichen Zustand hingewiesen. Ohne Erfolg. Bisher gibt es kein erkennbares Einlenken Ungarns in Richtung menschenwürdige Haftbedingungen.

Es kann und darf kein Vertrauen mehr in die Zusicherungen Ungarns für menschenwürdige Haftbedingungen und ein unabhängiges Verfahren geben.

Die angedrohte Haftstrafe für die Maja T. vorgeworfenen Körperverletzungen betragen in Ungarn bis zu 24 Jahre. Diese drohende Haftstrafe ist im Verhältnis zu den vorgeworfenen Taten unverhältnismäßig und absurd hoch. Die Untersuchungshaft kann bis zu drei Jahren andauern.

Eine Auslieferung nach Ungarn ist möglich aufgrund einer 20 Jahre alten Vereinbarung: dem europäischen Haftbefehl. Er entstand in der Annahme, dass in den europäischen Ländern gemeinsame Grundwerte bestehen. Ich bin in Budapest aufgewachsen. Ich habe in den letzten 20 Jahren hautnah erlebt, wie Ungarn sich nach und nach von demokratischen Werten verabschiedet hat. Auf den Straßen von Budapest sah ich riesige Plakate: „Wir tanzen nicht, wie Brüssel pfeift“. Auf den Straßen, wo ich als Kind gespielt habe, dürfen sich jährlich mehr als 1000 Neonazis zu einer Wanderung treffen. Bei dieser Wanderung huldigen sie dem Nationalsozialismus.

Aktuell erschüttert Ungarn ein Justizskandal.

2000 ungarische Richter*innen und Justizbeamt*innen haben sich zu Wort gemeldet wegen unverhohlener versuchter Einflussnahme auf die Justiz. Es wurde ihnen offiziell ein Deal angeboten: Erhöhung ihrer Gehälter, wenn sie einem Gesetz zu einer strukturellen Änderung des Justizsystems zustimmen.

2000 Richter*innen und Justizbeamt*innen sehen, dass die Rechtsstaatlichkeit und die demokratische Rechtshilfe hier stark gefährdet ist. An diesen Staat sollen unsere Kinder ausgeliefert werden?

Das Kammergericht Berlin hat es in seinem Urteil, mit dem es die Auslieferung für Maja T. für zulässig erklärt hat, an Sorgfalt und Genauigkeit mangeln lassen. Dadurch hat es zugelassen, dass Maja T. den oben genannten Zuständen auf nicht absehbare Zeit ausgesetzt ist. In Ungarn, einem Land, das unserer Ansicht nach den Boden der Demokratie verlassen hat und in dem es keine unabhängige Justiz gibt.

Es liegt in der Verantwortung des deutschen Staates, ob unseren Kindern das gleiche Schicksal droht. Wir erwarten, dass der deutsche Staat seiner Verantwortung gerecht wird und es keine weiteren Auslieferungen in den autokratischen Staat Ungarn geben wird.

Unsere Kinder waren von einem Tag auf den anderen nicht mehr da. Nach ihnen wurde danach in einigen Medien auf unseriöse Art und Weise mit vollem Namen, unverpixelten Fotos, Wohnorten und Geburtsdaten auf diffamierende Art und Weise quasi öffentlich „gefahndet“.

Unsere Familien hatten nicht nur darunter zu leiden, sondern waren auch durch absolut übertriebene Repression seitens der Behörden betroffen.

Brutale stundenlange Hausdurchsuchungen mit SEK-Einsatz auch bei Familien mit kleinen Kindern, die seitdem traumatisiert sind. Der Vater wurde vor den Augen seiner Kinder von mehreren SEK-Beamten in den Hof des Hauses gezerrt. Dort wurde er nackt und mit Kabelbindern gefesselt auf den Boden gezwungen, während mehrere SEK-Beamte sich auf ihn knieten. Und das alles ohne jeden Anlass dafür geboten zu haben. Während seine Kinder zusahen.

Observierungen, die z.T. tagelang andauerten, Ausspähen bei Familienfesten, zahlreiche Besuche vom Verfassungsschutz. Dieser machte sogar vor einer 87jährigen Großmutter nicht Halt und versuchte ihr weiszumachen, die Beamten des Verfassungsschutzes würden ihrer Enkelin helfen wollen. Abgehörte Telefonanschlüsse, Kameras vorm Haus, getrackte Autos, überwachte Konten – das war Teil unserer Normalität in den letzten zwei Jahren. Der Verfassungsschutz sprach Minderjährige aus den Familien an, gab sich als Postbote aus und suchte immer neue Wege, sich an die Familien heranzupirschen.

Das wäre nicht nötig gewesen, denn ein großer Teil unserer Kinder hat schon vor vielen Monaten die Bereitschaft erklärt, sich zu stellen.

Dieses in unseren Augen überzogene Vorgehen der Behörden hat unsere Leben nachhaltig verändert. Unser Vertrauen in den Rechtsstaat hat Risse bekommen. Die Einschüchterungsversuche haben uns lauter und entschlossener werden lassen und zu einer starken Solidarisierung geführt.

Wir möchten Ihnen hier deutlich sagen: das, was wir hier für unsere Kinder fordern, sollte jedem Menschen selbstverständlich zustehen: Beachtung der Grund- und Menschenrechte und ein rechtsstaatliches Verfahren vor einer unabhängigen Justiz.

Wir wissen im Moment nicht, wo unsere Kinder sich befinden und wie es ihnen im Moment geht, aber wir sind in Gedanken bei ihnen.

Wir stehen fest an der Seite unserer Kinder. Sie dürfen nicht nach Ungarn ausgeliefert werden.

Danke fürs Zuhören.